

Der Open-Access-Publikationsserver der ZBW – Leibniz-Informationzentrum Wirtschaft
The Open Access Publication Server of the ZBW – Leibniz Information Centre for Economics

Zweynert, Joachim

Article

Die EU-Beitrittsländer auf der Zielgeraden: Wirtschaftslage und Perspektiven

Wirtschaftsdienst

Suggested citation: Zweynert, Joachim (2004) : Die EU-Beitrittsländer auf der Zielgeraden: Wirtschaftslage und Perspektiven, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Vol. 84, Iss. 4, pp. 255-258, <http://hdl.handle.net/10419/42277>

Nutzungsbedingungen:

Die ZBW räumt Ihnen als Nutzerin/Nutzer das unentgeltliche, räumlich unbeschränkte und zeitlich auf die Dauer des Schutzrechts beschränkte einfache Recht ein, das ausgewählte Werk im Rahmen der unter

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen> nachzulesenden vollständigen Nutzungsbedingungen zu vervielfältigen, mit denen die Nutzerin/der Nutzer sich durch die erste Nutzung einverstanden erklärt.

Terms of use:

The ZBW grants you, the user, the non-exclusive right to use the selected work free of charge, territorially unrestricted and within the time limit of the term of the property rights according to the terms specified at

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen>
By the first use of the selected work the user agrees and declares to comply with these terms of use.

Joachim Zweynert

Die EU-Beitrittsländer auf der Zielgeraden: Wirtschaftslage und Perspektiven

Mit dem Beitritt zehn neuer Mitgliedstaaten zum 1. Mai 2004 erreicht die Europäische Integration eine neue Dimension. Nicht weniger als 74 Millionen Menschen werden als zusätzliche Anbieter und Nachfrager von Waren und Dienstleistungen auf dem Europäischen Binnenmarkt auftreten. Welche ökonomischen Folgen sind zu erwarten? Wo stehen die Beitrittsländer heute in wirtschaftlicher Hinsicht?

In Ihrem am 5. November 2003 vorgelegten „Umfassenden Monitoring-Bericht über den Stand der Beitrittsvorbereitungen“ in den zehn Ländern¹ kommt die Europäische Kommission zu dem Ergebnis, daß die gesamtwirtschaftliche Stabilität in allen beitretenden Ländern gewahrt werden konnte. Daher geht sie davon aus, daß die neuen Mitglieder – unter der Voraussetzung, daß sie die Reformen fortführen – „in der Lage sein (werden), die wirtschaftlichen Möglichkeiten, die ihnen die Einbindung in den Binnenmarkt bietet, vollständig auszuschöpfen“. Insgesamt seien sie „hinreichend vorbereitet, um die meisten Teile des Besitzstandes anwenden zu können“. Zwar erkennt die Kommission an, daß die Liberalisierung des Außenhandels beinahe vollendet sei, gleichwohl seien in beinahe allen Ländern noch Anstrengungen erforderlich, um die letzten nationalen Barrieren eines völlig freien Waren-, Dienstleistungs-, Personen- und Kapitalverkehrs aus dem Weg zu räumen. Vor allem in Polen und in der Tschechischen Republik würden die noch bestehenden Hemmnisse „manchmal nur zögerlich“ beseitigt. Für alle Länder gelte, daß die Marktüberwachung weiter verstärkt werden müsse. In einigen Ländern sei überdies noch keine vollständige Rechtsangleichung für das öffentliche Beschaffungswesen erreicht.

Ein gutes wirtschaftspolitisches Zeugnis stellt die Kommission den drei baltischen Ländern aus. Kritisiert wird hingegen der Reformverlauf in der Tschechischen Republik und in Polen. Die tschechische Regierung habe die Reformen nur „zögerlich“ fortgesetzt, insbesondere wird eine umfassende Erneuerung des Sozial-, Renten- und Gesundheitssystems angemahnt. In Polen sei der Reformkurs gegenüber dem Vorjahresbericht sogar „so gut wie nicht fortgeführt“

worden. Vor allem eine Senkung der Staatsausgaben sei dringend erforderlich. Außerdem wird moniert, daß die Unabhängigkeit der Zentralbank noch immer nicht gewährleistet sei und die strukturpolitischen Reformen praktisch zum Erliegen gekommen seien. In Ungarn sei der Reformkurs zwar insgesamt „glaubhaft fortgeführt“ worden, die Kommission kritisiert aber die „inkohärenten geld- und wechselkurspolitischen Maßnahmen“. Betrachten wir nun näher, wie sich die Volkswirtschaften der Beitrittsländer in jüngster Zeit entwickelt haben².

BIP und Wachstum

Die in den Beitrittsländern lebenden Menschen machen rund 16% der EU-Bevölkerung aus, sie erwirtschaften aber lediglich 5% des BIP des erweiterten Europas (EU-25). Bei den Wachstumsraten des BIP³ hat es in den Jahren 2002 und 2003 eine bemerkenswerte Entwicklung gegeben. Zwar lagen die Zuwächse in den Beitrittsländern seit 1995 immer über denen der EU-15, doch zeigte sich zwischen 1996 und 2001 eine deutliche Konvergenz der Wachstumsraten. Seitdem der Wachstumsmotor in den EU-15 in der zweiten Hälfte des Jahres 2001 ins Stottern geraten ist, hat sich der Abstand jedoch wieder vergrößert, und 2003 waren die durchschnittlichen Zuwächse in den Beitrittsländern mehr als viermal so hoch wie in den EU-15 – ein bis dahin nie erreichter Wert. Die Tatsache, daß es den Beitrittsländern gelungen ist, sich von der Wirtschaftsentwicklung in den EU-15 abzukoppeln, zeigt, daß die Konjunkturbewegungen bisher kaum synchron verlaufen. Bei den für 2003 prognostizierten Wachstumsraten – die endgültigen Zahlen liegen für die Beitrittsländer derzeit noch nicht vor – liegen die baltischen Staaten Litauen (6,6%), Lettland (6,0%)

¹ Der letzte Tag des Berichtszeitraumes war der 30. September 2003.

² Zum jetzigen Zeitpunkt liegen noch nicht alle Zahlen für das Jahr 2003 vor. Wir stützen uns daher im folgenden zum Teil auf Prognosen, nur in wenigen Fällen müssen die Zahlen von 2002 herangezogen werden.

³ Gemessen in konstanten Preisen.

Dr. Joachim Zweynert, 33, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Europäische Integration im Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA).

und Estland (4,4%) wie schon im Vorjahr an der Spitze, während die bereits stärker in den Europäischen Binnenmarkt integrierten Länder Malta (0,7%) und Zypern (2,0%) die Schlußlichter bilden.

Gliedert man das BIP nach Verwendungsarten auf, so zeigt sich: Der Anteil der privaten Konsumausgaben liegt in den Beitrittsländern mit durchschnittlich 60,6% knapp über denen in der EU-15 (58,3%), aber die Werte für die einzelnen Länder liegen teils deutlich über (Zypern: 69,3%; Polen: 66,5%), teils deutlich unter (Tschechische Republik: 52,2%; Ungarn: 53,8%) dem Durchschnitt der EU-15. Der Staatskonsum ist in den Beitrittsländern (19,9%) etwas geringer als in der EU-15 (20,6%), während die Bruttoanlageinvestitionen etwas höher ausfallen (Beitrittsländer: 21,7%; EU-15: 19,4%). Der Außenbeitrag ist in allen Beitrittsländern mit Ausnahme Sloweniens nach wie vor negativ; hohe negative Salden weisen vor allem die baltischen Länder Lettland (-10,6%) und Estland (-9,4%) auf.

Inflation und Arbeitslosigkeit

Bei der Inflationsbekämpfung haben die Beitrittsländer mit Ausnahme der Slowakischen Republik (8,8%), Slowenien (5,7%) und Ungarn (4,7%) beachtliche Erfolge erzielt; in Litauen (-1,1%) und der Tschechischen Republik (-0,1%) hat es 2003 sogar eine Deflationstendenz gegeben. Insgesamt ist nicht zu erwarten, daß mit der Erweiterung die Inflationsrate innerhalb der EU-25 steigen wird; sowohl für die EU-15 als auch für die EU-25 liegt die Veränderung gegenüber dem Vorjahr für 2003 bei 2%. Vor allem in Polen zeigte die restriktive Geldpolitik aber auch ihre Schattenseite. Dort führte die Inflationsbekämpfung zu immer noch sehr hohen Zinssätzen, die Investitionen abschreckten, eine Aufwertung des Zloty zur Folge hatten und einen Schneeballeffekt bei der öffentlichen Verschuldung auslösten.

Eine wenig befriedigende Performance zeigte die ungarische Zentralbank. Obwohl sie sich seit 2001 offiziell verpflichtet hat, ihre Geldpolitik an einem Inflationsziel auszurichten, nahm sie in der Praxis sowohl die Inflationsrate als auch den Wechselkurs ins Visier. Der Versuch, beide Größen über die Zinssätze zu steuern, war – und dies um so mehr bei voll liberalisierten Kapitalmärkten – zum Scheitern verurteilt. Tatsächlich wurde das Inflationsziel verfehlt, während der Wechselkurs instabil blieb und die Interventionen an den Devisenmärkten sich als ungemein kostspielig erwiesen.

Die Beitrittsländer haben einen Anteil von 15% am Beschäftigungsvolumen in der EU-25; das ist 1% weniger als ihr Anteil an der Bevölkerung. Während die Anzahl der Erwerbspersonen in den EU-15 zwischen

Tabelle 1
Wachstumsraten des BIP in konstanten Preisen

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003*
EU-25	2,4	1,7	2,6	3,0	2,9	3,6	1,7	1,1	0,7
EU-15	2,4	1,6	2,5	2,9	2,9	3,6	1,7	1,0	0,7
Beitrittsländer	3,6	4,6	4,8	3,8	3,3	4,1	2,4	2,4	3,1
Tschechien	:	:	:	:	:	3,3	3,1	2,0	2,2
Estland	4,3	3,9	9,8	4,6	-0,6	7,3	6,5	6,0	4,4
Zypern	6,5	1,9	2,3	4,8	4,7	5,0	4,0	2,0	2,0
Lettland	-1,6	3,7	8,4	4,8	2,8	6,8	7,9	6,1	6,0
Litauen	6,2	4,7	7,0	7,3	-1,8	4,0	6,5	6,8	6,6
Ungarn	1,5	1,3	4,6	4,9	4,2	5,2	3,8	3,5	2,9
Malta	:	:	:	:	4,1	6,4	-1,2	1,7	0,7
Polen	2,7	6,0	6,8	4,8	4,1	4,0	1,0	1,4	3,3
Slowenien	4,1	3,8	4,4	3,7	5,9	4,1	2,9	2,9	2,1
Slowakei	5,8	6,1	4,6	4,2	1,5	2,0	3,8	4,4	3,8

* Mit Ausnahme des Wertes für die EU-15 sind alle Wachstumsraten für 2003 Vorhersagen der Kommissionsdienststellen.

Quelle: Ingo Kuhnert: Ein Überblick über die Wirtschaft der Beitrittsländer, Eurostat, Statistik kurz gefaßt, Wirtschaft und Finanzen, Thema 2 - 17/2004.

1995 und 2002 um 8,8% zunahm, blieb sie in den Beitrittsländern praktisch konstant (Zuwachs um 0,2%). Eine umgekehrte Tendenz zeigt sich bei der Arbeitslosigkeit: In den Beitrittsländern stieg die Quote in den Jahren von 1999 bis 2002 um 2,5 Prozentpunkte, während sie in den EU-15 über den gleichen Zeitraum um 0,7 Prozentpunkte abnahm. 2003 lag die Arbeitslosenquote in den Beitrittsländern bei durchschnittlich 14,3% und in den EU-15 bei 8%, damit ergibt sich für die EU-25 eine Quote von 9%. Besonders hoch ist die Arbeitslosigkeit in Polen (19,2%) und in der Slowakischen Republik (17,1%), während sie in Zypern (4,4%), Ungarn (5,8%) und Slowenien (6,5%) zum Teil sogar deutlich unter dem Durchschnitt der EU-15 liegt. In ihrem Monitoring-Bericht verweist die EU-Kommission darauf, daß sich der Abbau von Arbeitsplätzen insgesamt immerhin verlangsamt habe und sich der Anstieg der Beschäftigtenzahlen in einigen Ländern verstetige.

Die Arbeitsproduktivität je Beschäftigten lag laut Eurostat in den Beitrittsländern im Jahr 2002 im Durchschnitt bei knapp 52,2% des Wertes für die EU-15. An der Spitze liegen dabei Malta (89,8%) und Zypern (78,3%), während die baltischen Länder mit durchschnittlich rund 40% am Ende der Skala liegen. Die Entwicklung der Lohnstückkosten war uneinheitlich, sie lag 2002⁴ zwischen 5,4% (Litauen) und -2,1% (Estland).

Staatsverschuldung

Mit durchschnittlich 5,7% liegen die Haushaltsdefizite der Beitrittsländer deutlich über dem Durchschnitt der EU-15 von 2,6%. Von den beitretenden Ländern ist

⁴ Darüber liegen für die Mehrheit der Beitrittsländer für 2003 noch keine Prognosen vor, wir stützen uns daher auf Zahlen für 2002.

Tabelle 2
Wichtige makroökonomische Indikatoren

	Inflation ¹	Arbeitslosigkeit ²	Finanzierungs-saldo ³	Schuldenstand ⁴	Arbeitsproduktivität ⁵
EU-25	2,0	9,0	-2,7	63,0	92,8
EU-15	2,0	8,0	-2,6	64,0	100,0
Beitrittsländer		14,3	-5,7	42,4	52,2
Tschechien	-0,1	7,6	-12,9	37,6	53,7
Estland	1,4	10,1	2,6	5,8	41,8
Zypern	4,0	4,4	-6,3	72,2	78,3
Lettland	2,9	10,5	-1,8	15,6	37,1
Litauen	-1,1	12,7	-1,7	21,9	41,9
Ungarn	4,7	5,8	-5,9	59,0	62,6
Malta	:	7,8	-9,7	72,0	89,8
Polen	0,7	19,2	-4,1	45,4	48,8
Slowenien	5,7	6,5	-1,8	27,1	68,4
Slowakei	8,8	17,1	-3,6	42,8	56,2

¹ Harmonisierter Verbraucherpreisindex, Wachstumsraten in %, 2003; ² Harmonisierte Arbeitslosenquote in %, 2003; ³ Finanzierungssaldo des Staates in % des BIP, 2003; ⁴ Konsolidierter Bruttoschuldenstand in % des BIP, 2003; ⁵ Arbeitsproduktivität nach Beschäftigten, EU-15=100, 2002.

Quelle: Ingo Kuhnert, a.a.O.

es im vergangenen Jahr einzig Estland gelungen, einen Haushaltsüberschuß zu erzielen. Daneben erfüllten im vergangenen Jahr nur Litauen (mit einem Defizit von 1,7%), Slowenien und Lettland (beide 1,8%) das Kriterium des Europäischen Stabilitätspaktes, während die Tschechische Republik (12,9%), Malta (9,7%) und Zypern (6,3%) bedeutende Anstrengungen unternehmen müssen, um zumindest in die Nähe der zulässigen Defizitgrenze von 3% zu kommen.

Während die Haushaltsdefizite in den Beitrittsländern im Durchschnitt höher als in den EU-15 ausfallen, weisen sie eine deutlich geringere Staatsverschuldung auf (Beitrittsländer: 42,4%, EU-15: 64%). Das Urteil fällt noch weit günstiger aus, wenn man die beiden „Ausreißer“ Zypern und Malta (jeweils rund 72% des BIP) nicht berücksichtigt: Mit durchschnittlich 31,9% liegt die Staatsverschuldung in den mittelosteuropäischen Beitrittsländern bei weniger als der Hälfte des durchschnittlichen Wertes der EU-15. Einzig Ungarn kommt mit knapp 59% in die Nähe dessen, was in den EU-15 üblich ist, während Estland mit 5,8% auch hier einen Spitzenwert aufweist.

Wechselkurse und Außenhandel

Die Währungen der meisten Beitrittsländer sind mehr oder minder fest an den Euro gebunden, nur die Kurse der tschechischen Krone und des polnischen Zloty werden durch das freie Spiel von Angebot und Nachfrage auf den Devisenmärkten bestimmt. Polen mußte im vergangenen Jahr eine deutliche Aufwertung des Zloty hinnehmen. Wie bereits angemerkt, war dies der Preis, den das Land für die erfolgreiche Anti-Inflationspolitik zu zahlen hatte. Der ungarische Forint,

der seit 1995 stets besonders hohen Schwankungen unterlag, war auch im vergangenen Jahr volatil. Nachdem er in den ersten Monaten des Jahres 2003 übermäßig erstarkt war, unternahm die Zentralbank eine Reihe von eher verfehlten Maßnahmen, um den Kurs zu drücken. Als dann in der zweiten Jahreshälfte auch noch einige maßgebliche makroökonomische Indikatoren hinter den Erwartungen zurückblieben, kam es zu einem Vertrauensverlust, der sich in den letzten Monaten des Jahres 2003 in einem deutlichen Kursverfall manifestierte. Der Rücktritt des ungarischen Finanzministers zu Beginn dieses Jahres war die politische Konsequenz.

Daten über die langfristigen Zinssätze in den Beitrittsländern liegen für 2003 bisher nur partiell vor. Diese Werte (durchschnittlich 5,65%) liegen teilweise deutlich über denen der EU-15 (durchschnittlich 4,23%), aber insgesamt sind die langfristigen Zinsen in den Beitrittsländern in den letzten Jahren auch um einiges stärker als in den EU-15 gesunken. Erfreulich ist, daß Polen die Negativrekordmarke von 2002 (7,32%) immerhin auf 5,78% drosseln konnte.

Bereits heute wickeln die Beitrittsländer rund 60% ihres Außenhandels mit den Mitgliedstaaten der EU ab, und diese Quote wird in den nächsten Jahren sicherlich weiter ansteigen. Im Jahre 2002 wiesen sie nach wie vor alle einen negativen Saldo im Außenhandel mit Waren auf, wobei unter den Transformationsländern die baltischen Staaten Lettland und Estland die größten Defizite zu verzeichnen hatten. Beim Außenhandel mit Dienstleistungen hingegen verzeichneten alle Beitrittsländer Überschüsse, dabei konnten unter den mittelosteuropäischen Staaten Estland den höchsten und Polen den niedrigsten Überschuß verbuchen.

Im vergangenen Jahr zeigte sich bei den ausländischen Direktinvestitionen in den mittelosteuropäischen Beitrittsländern eine interessante Tendenz. Während sie 2002 einen Rekordwert von 22,6 Mrd. Euro erreicht hatten, sanken sie im vergangenen Jahr auf den prognostizierten Wert von 9,4 Mrd. Euro. Dies ist um so auffälliger, wenn man bedenkt, daß der Umfang der weltweit getätigten ausländischen Direktinvestitionen auf dem hohen Vorjahresniveau geblieben ist. Während die ausländischen Direktinvestitionen in den baltischen Ländern sogar noch leicht zugenommen haben (von ca. 1,5 auf ca. 1,8 Mrd. Euro), sank ihr Volumen in den anderen fünf mittelosteuropäischen Ländern 2003 auf 7,7 Mrd. Euro und damit auf ungefähr ein Drittel des Vorjahreswertes von 21,1 Mrd. Euro. Die stärksten Einbrüche mußten die Tschechische Republik, Slowenien und die Slowakei hinnehmen. Das sind genau die Länder, in denen die Privatisierung, der wichtigste Magnet ausländischer Direktinvestitionen

Tabelle 3
Ausländische Direktinvestitionen in den acht
mittelosteuropäischen Beitrittsländern
 (in Mill. Euro)

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003*
Tschechien	1982	1140	1152	3317	5933	5404	6296	9887	4000
Estland	156	120	236	511	284	425	603	307	800
Lettland	138	305	462	317	325	445	182	407	350
Litauen	56	122	313	824	457	412	499	772	600
Ungarn	3751	1886	1973	1857	1913	1834	2889	908	-600
Polen	2831	3592	4343	5676	6824	10334	6372	4371	3500
Slowenien	117	138	295	194	99	149	412	1707	150
Slowakei	200	285	195	609	366	2089	1763	4260	600

* Schätzungen.

Quelle: Leon Podkaminer et al.: Transition Countries on the Eve of EU-Enlargement, wiiw Research Reports 303, Februar 2004, S. 15.

in sich transformierenden Volkswirtschaften, 2002 abgeschlossen wurde. In Ungarn – und dies ist höchst ungewöhnlich für ein Transformationsland – hat es 2003 sogar einen negativen Saldo zwischen ausländischen Investitionen in Ungarn und ungarischen Investitionen im Ausland gegeben. Dies ist weniger auf das eigentümliche statistische Verfahren der ungarischen Behörden zurückzuführen, reinvestierte Gewinne nicht als Direktinvestitionen zu verbuchen, sondern vielmehr der Entwicklung des Wechselkurses sowie dem ungünstigen Verhältnis zwischen Produktivitäts- und Reallohnentwicklung zuzuschreiben.

Folgen der EU-Erweiterung

Gerade angesichts der Diskussionen um das Defizitkriterium des Stabilitätspaktes innerhalb der EU-15 scheint die Höhe der Haushaltsdefizite in den beitretenden Ländern problematisch zu sein. Denn wenn es dort nicht gelingen sollte, der Defizite Herr zu werden, könnte dies auch in den „alten“ Ländern der EU dazu führen, die Defizitregel weiter aufzuweichen. Besonders bedenklich ist dabei, daß der Beitritt zumindest kurzfristig die Defizite in den neuen Mitgliedstaaten noch erhöhen könnte. Denn auf der Einnahmeseite wird es Ausfälle wegen wegfallender Zolleinnahmen geben, während die sprunghaft ansteigenden Informationsflüsse zwischen den EU-Behörden und den nationalstaatlichen Verwaltungsorganen sich in höheren Staatsausgaben niederschlagen werden. Inwieweit diese Tendenz durch die zu erwartenden steigenden Transfers aus Brüssel kompensiert werden kann, bleibt abzuwarten. Sollte aber eine Rückführung der Haushaltsdefizite tatsächlich gelingen, dann könnte dies kurzfristig eine Wachstumsdämpfung in den Beitrittsländern zur Folge haben.

Die im Durchschnitt deutlich höhere Arbeitslosigkeit in den Beitrittsländern läßt Wanderungsbewegungen

erwarten. Sowohl über deren Stärke als auch über die Frage, wann sie einsetzen werden, kommen die bisher vorliegenden Studien jedoch zu recht unterschiedlichen Ergebnissen⁵. Obwohl sich sowohl die EZB als auch die Europäische Kommission wiederholt zurückhaltend geäußert haben, was die baldige Einführung des Euro in den mittelosteuropäischen Beitrittsländern betrifft, haben die polnische, die ungarische und die slovenische Regierung bis vor kurzem an dem Ziel festgehalten, möglichst rasch der Eurozone beitreten zu wollen. Tschechien und die Slowakei haben hingegen eingeräumt, daß noch eine ganze Reihe struktureller und institutioneller Reformen nötig sein wird, bis man reif für den Euro ist. Wohl auch angesichts der ungarischen Wechselkursprobleme scheinen Ungarn und Polen in jüngster Zeit von ihren ehrgeizigen Plänen Abstand genommen zu haben, während die slovenische Regierung – zumindest vorläufig noch – an ihnen festhält.

Den sinkenden ausländischen Direktinvestitionen in den Beitrittsländern standen 2003 steigende ausländische Direktinvestitionen in Rußland, der Ukraine und im südosteuropäischen Raum gegenüber. Dies deutet möglicherweise darauf hin, daß sich die Produktion von humankapital- und technologieintensiven Waren von den Beitrittsländern nach Osten und Südosten zu verlagern beginnt. So begrüßenswert diese Tendenz im Hinblick auf eine Angleichung des Lebensstandards auf dem gesamten europäischen Kontinent auch sein mag: Sollte sie sich verfestigen, wird es für die mittelosteuropäischen Beitrittsländer im Hinblick auf ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit entscheidend darauf ankommen, nicht nur die institutionellen und strukturellen Reformen energisch voranzutreiben, sondern auch durch vermehrte Investitionen in Forschung und Entwicklung die Arbeitsproduktivität weiter zu steigern.

Auch wenn die wirtschaftlichen Folgen des Beitritts der zehn neuen Mitglieder heute noch nicht eindeutig abzuschätzen sind, bleibt festzuhalten, daß die beitretenden Länder zumindest im großen und ganzen ihre wirtschaftspolitischen „Hausaufgaben“ ordentlich gemacht haben. Insofern deutet einiges darauf hin, daß die politischen Auswirkungen der Erweiterung – insbesondere, was die Handlungsfähigkeit der zukünftigen EU betrifft – größere Probleme als die wirtschaftspolitische Harmonisierung bereiten wird.

⁵ Vgl. zu unterschiedlichen Szenarien: G. Flaig: Die Abschätzung des Migrationspotentials der osteuropäischen EU-Beitrittsländer, in: H. Wilkens (Hrsg.): Migration in Europa, Berlin 2001; H. Brückner et al.: EU-Osterweiterung: Keine massive Zuwanderung zu erwarten, in: DIW-Wochenberichte, 21/2000. Diese Studien zeigen deutlich, zu welcher unterschiedlichen Ergebnissen man je nach zugrunde gelegten Wachstumsprognosen für die EU-15 und die Beitrittsländer gelangen kann.